

2021 Wahlprüfsteine BDK BW

Antworten der Partei

Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg

1. Innere Sicherheit, Kriminalpolitik und Kriminalitätsbekämpfung

- 1.1. Welchen Stellenwert hat die Innere Sicherheit in Ihrer Parteiarbeit und wo siedeln Sie bei den anstehenden Landtagswahlen das Thema in einer Prioritätenliste der Themen an?
 - Innere Sicherheit ist eine der originären Kernaufgaben eines Bundeslandes. Entsprechend hat das Thema auch für uns einen hohen Stellenwert. Es gilt, den Bürger*innen ein Höchstmaß an Sicherheit zu gewähren. Dies ist zentrale Voraussetzung für eine freie und offene Gesellschaft.
- 1.2. Welche drei Themen im Bereich der Inneren Sicherheit sind für Sie in der kommenden Legislaturperiode am wichtigsten und welche konkreten Maßnahmen planen Sie in diesen Themen?
 - Unter anderem sind für uns Grüne folgende drei Vorhaben zentral: Wir wollen die Sicherheitsarchitektur umbauen und stärker an Prävention und Evidenz ausrichten. Dazu wollen wir - unser Konzept „Sichere Öffentliche Räume“ umsetzen; - die Dunkelfeld-Studie des Bundes weiterentwickeln, um einen Maßnahmenkatalog für Baden-Württemberg zu entwickeln; - die Sicherheitsgesetze evaluieren und dafür sorgen, dass sie mit Blick auf die jeweils realen Sicherheitsherausforderungen besser anwendbar sind. Wir wollen die personelle und sachliche Ausstattung der Polizei weiter verbessern. Denn: Wesentliche Voraussetzung der Inneren Sicherheit sind gut ausgestattete Sicherheitsbehörden. - Zwischen 2016 und 2021 haben wir die Landespolizei mit der größten Einstellungsoffensive in der Geschichte bereits gestärkt. Diesen Weg werden wir fortsetzen. - Gut ausgestattet heißt auch: Die Polizei muss aus technischer Sicht auf der Höhe der Zeit sein. In der nächsten Legislaturperiode werden wir daher die Digitalisierung der Polizei weiter voranbringen. Wir wollen für schnelles Internet in jedem Polizeiviertel sorgen, die Ausstattung mit mobilen Endgeräten verbessern und die Polizei bei der Verfolgung von Straftaten im digitalen Raum stärken. Dazu gehört auch die Sensibilisierung im Umgang mit Cybercrime-Delikten. Wir wollen einen ressortübergreifenden Aktionsplan gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Hasskriminalität initiieren und umsetzen. Dazu wollen wir - die Mitarbeitenden in Sicherheitsbehörden und Justiz noch besser für die Bekämpfung von politisch motivierter Hasskriminalität aus- und fortbilden; - an jeder Dienststelle des polizeilichen Staatsschutzes eine Kontaktperson benennen, die für die Bekämpfung von Hasskriminalität zuständig ist; - eine Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft für den Bereich Hasskriminalität einrichten - Präventionsangebote und Deradikalisierungsprogramme ausweiten und - Meldemöglichkeiten für Hetze im Netz verlässlich fördern.
- 1.3. Wie bewertet Ihre Partei die aktuelle Polizeistruktur im Allgemeinen und die Struktur der Kriminalpolizei im Besonderen? Halten Sie weitere Anpassungen für erforderlich?
 - Die Ergebnisse, die die Nachjustierung der Polizeireform gebracht haben (u.a. 13 Präsidien), werden wir kritisch überprüfen. Dabei wird es insbesondere um die Effizienz und die Vor-Ort-Präsenz der Polizei gehen. Wir werden die Kräfteverteilung der Polizei, auch der Kriminalpolizei, im gesamten Land überprüfen. In diesem Zusammenhang streben wir einen Sicherheitsplan III an.
- 1.4. Wie steht Ihre Partei zum Thema Mindestspeicherfristen für Telekommunikationsdaten (sog. „Vorratsdatenspeicherung“)?
 - Wir lehnen die Vorratsdatenspeicherung ab. Wir sind offen für Vorschläge, die das Selbstbestimmungsrecht der Bürger*innen schützen und sich auf gezielte anlassbezogene Fahndungen konzentrieren.

- 1.5. Wie steht Ihre Partei zur DNA-Erhebung als Standardmaßnahme von erkennungsdienstlichen Behandlungen?
 - Die Strafprozessordnung sieht die DNA-Untersuchung bei polizeilichen Ermittlungsverfahren vor. Wir sehen keine Notwendigkeit, dies auf den präventivpolizeilichen Bereich zu erweitern, und werden sie im Polizeirecht des Landes nicht einführen.
- 1.6. Wie steht Ihre Partei zum Thema einer Studie innerhalb der Polizei bzw. des gesamten öffentlichen Dienstes zu den Bereichen extremistische Einstellungen und Rassismus?
 - Mit einer wissenschaftlichen Studie wollen wir Erkenntnisse darüber gewinnen, welche Erfahrungen Bürger*innen mit öffentlichen Stellen gemacht haben. Dabei soll es auch um Diskriminierungserfahrungen gehen. Gleichzeitig wollen wir mit der Studie auch die Haltung der Mitarbeiter*innen in den Sicherheitsbehörden in Erfahrung bringen. Damit können wir uns ein Bild verschaffen und auf Grundlage einer validen Datenbasis gezielte Gegenmaßnahmen ergreifen, wo Handlungsbedarf deutlich wird.
- 1.7. Welche Gedanken gibt es in Ihrer Partei zur Weiterentwicklung (oder auch Korrektur) des bestehenden Polizeigesetzes Baden-Württemberg?
 - Wir Grüne stehen für eine evidenzbasierte Sicherheitspolitik. Die Novellierungen der Polizeigesetze sehen bereits Evaluierungen vor, die in der kommenden Legislaturperiode stattfinden sollen. Daneben wollen wir insgesamt alle Sicherheitsgesetze wissenschaftlich evaluieren lassen und mögliche Verbesserungen, die sich daraus ergeben, umsetzen.
- 1.8. Wie steht Ihre Partei zu einem einheitlichen Polizeigesetz in Bund und Ländern?
 - Wir halten diese Option aufgrund der politischen Gegebenheiten nicht für realistisch. Ein solches Gesetz streben wir auch mit Blick auf Auswüchse in manchen Polizeigesetzen der Länder (z.B. Bayern) nicht an.
- 1.9. Wie möchte Ihre Partei den Strafverfolgungsanspruch des Staates bei der Bekämpfung von Cybercrime durchsetzen?
 - Die Polizei muss technisch auf der Höhe der Zeit sein. Die Digitalisierung polizeilicher Ermittlungstätigkeit ist der Schlüssel – insbesondere für den Umgang mit Cybercrime-Delikten. Die Polizei, insbesondere das Landeskriminalamt, muss mit der neuen Cybersicherheitsagentur auch technisch auf Augenhöhe zusammenarbeiten können.
- 1.10. Welche drei Initiativen wollen Sie auf Bundesebene im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung/Strafverfolgung möglichst schnell umgesetzt sehen?
 - Unter anderem sind für uns Grüne folgende drei Vorhaben zentral: • Stärkung des Kinderschutzes • Bekämpfung der Clan-Kriminalität und mafiöser Strukturen • Stärkung von Initiativen, die Straftaten vorbeugen

2. Personal und Haushalt

- 2.1. Wie bewertet Ihre Partei die aktuelle Haushaltsstellenstärke der Polizei (Vollzugsstellen und Nichtvollzugsstellen) und die aktuelle tatsächliche Personalbesetzung der Stellen – auch im bundesweiten Vergleich?
 - Ein demokratischer Rechtsstaat ist für uns Grüne der entscheidende Garant dafür, dass wir als Gesellschaft in Freiheit und Sicherheit zusammenleben können. Elementar für eine gut funktionierende Polizei und damit für die Sicherheit im Land sind vor allem gut ausgestattete Sicherheitsbehörden. Deshalb haben wir die Polizei mit der größten Einstellungsoffensive in der Geschichte der Landespolizei gestärkt. Diesen Weg führen wir weiter. Die Stellen, die durch Pensionierungen frei werden, wollen wir schnellstmöglich nachbesetzen. Genau dieser Herausforderung begegnet die grün-geführte Landesregierung mit der Einstellungsoffensive: Von 2016 bis 2021 sind mehr als 9.000 junge Frauen und Männer eingestellt und als Polizist*in ausgebildet worden – so viele wie noch nie. Allein 2020 sind 1.600 Polizeikommissaranwärter*innen (PKA) eingestellt worden. Für das Jahr 2021 sind 1.400 Einstellungen vorgesehen (darin enthalten sind für beide Jahre insgesamt 400 neue PKA-Stellen). Dafür stehen zusätzliche Mittel in Höhe von 4,5 Mio. Euro ab 2021 zur Verfügung. Überblick über neu geschaffene Stellen im Zuge der Einstellungsoffensive bei der Polizei in dieser Legislaturperiode: - 2017: 365 Neustellen (Polizeivollzugsdienst und Nichtvollzug) - 2018: 716 Neustellen (Polizeivollzugsdienst und Nichtvollzug) - 2019: 760 Neustellen (Polizeivollzugsdienst und Nichtvollzug) - 2019: Aussetzung der Stellenbesetzungssperre im Tarifbereich der Polizei (strukturelle Mehrkosten: 6,1 Mio. Euro pro Jahr) - 2019: 39 Neustellen für Ermittlungsassistent*innen bei den regionalen Polizeipräsidien sowie beim LKA Für ein Sonderprogramm gegen Rechtsextremismus stehen im Doppelhaushalt u.a. strukturelle Mittel in Höhe von 5 Mio. Euro pro Jahr ab 2020 bereit. Diese Mittel kommen der Polizei mit 30 zusätzliche Stellen zugute. Stellenhebungen im Bereich des Polizeivollzugsdienstes: - 282,5 von A 7 nach A 9 (gehobener Dienst) - 15,0 von A 8 nach A 9 + Z - 20,0 von A 9 (gehobener Dienst) nach A 12 - 18,0 von A 10 nach A 13 (gehobener Dienst) - 12,0 von A 12 nach A 14 - 8,0 von A 13 nach A 15 - 1,0 von A 14 nach A 15 Stellenhebungen im Bereich des Nichtvollzugs: - Eingruppierung der restl. 9 Verwaltungsleitungen in A 16 und deren Vertretungen in A 15 (9x A14 nach A16) - 5x A14 nach A15 - 28x A7 nach A8 - 17x A9 (gehobener Dienst) nach A10 - 2x A 14 nach A 15 - 9x A 11 nach A 13 (gehobener Dienst) - 39 Hebungen von E 8 nach E9 TV-L - 3 Hebungen E6 nach E9 TV-L - 1 Hebung von A 9 (mittlerer Dienst) nach A 12 Darüber hinaus: 24 Neustellen bei der Landesoberbehörde IT Baden-Württemberg (BITBW) für ein effektives Störungsmanagement, insbesondere im Bereich der Polizei sowie zur Umsetzung der Forderungen aus Audits des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI).
- 2.2. Wie bewertet Ihre Partei die Personalentwicklung der Polizei in den letzten zehn Jahren – auch mit Blick auf einen Bundesvergleich und das Bevölkerungswachstum in Baden- Württemberg?
 - Wir sind dabei aufzuholen und korrigieren die Fehler der Vergangenheit – insbesondere aus den Jahren bis 2011 – Schritt für Schritt. Die erstklassige Tätigkeit aller Polizeikörper in Baden-Württemberg kann nicht darüber hinwegtäuschen, wie groß die Belastung der Kräfte mit Blick auf die Bevölkerungszahl ist. Hier müssen wir mittelfristig Entlastung schaffen. Aufgrund der Corona-Pandemie fehlen aber aktuell noch belastbare Haushalts-Eckdaten, um die Finanzierung dieser großen Aufgabe schon jetzt abschätzen zu können.

- 2.3. Welche Maßnahmen planen Sie im Bereich der Haushaltsstellen für die Polizei – getrennt nach Vollzug und Nichtvollzug?
 - Unser Ziel bleibt es, die polizeiliche Basis zu stärken – und nicht nur freiwerdende Stellen nachzubesetzen. Wo wie viele neue Stellen notwendig sind, hängt u.a. davon ab, wie die räumlichen Schwerpunkte von Polizeiarbeit künftig gestaltet sein werden. Dies wollen wir im Rahmen eines Sicherheitsplans III klären.
- 2.4. Ist Ihre Partei bereit, einen Ausbildungskorridor in den nächsten Jahren im Vollzugsbereich der Polizei zu unterstützen, der über den reinen Nachersatz hinausgeht? Wenn ja, gibt es dazu bereits konkrete Vorstellungen?
 - Wir wollen den Polizeikörper insgesamt über den reinen Nachersatz hinaus stärken. Dazu gehört für uns auch, die Ausbildungszahlen aufrechtzuhalten, die wir seit 2016 vereinbart haben.
- 2.5. Wie bewerten Sie die aktuelle Ausstattung der Polizei mit Haushaltsmitteln und plant Ihre Partei Anpassungen – auch mit Blick auf die Auswirkungen von Corona?
 - Was wir bereits erreicht haben: • Wir haben den Digitalfunk BOS gestärkt (2020 mit 8,9 Millionen Euro und 2021 mit 15,1 Millionen Euro.). • Wir stärken die Betriebshaushalte der Polizeipräsidien im Doppelhaushalt mit insgesamt 18 Millionen Euro. • Um die Polizeistrukturereform zu evaluieren, stehen ab 2020 zusätzliche Mittel in Höhe von 1,88 Millionen Euro pro Jahr bereit. • Für den Aufbau und den Betrieb einer Cybersicherheitsagentur beim Innenministerium stehen ab 2020 strukturelle Mittel in Höhe von 4 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung. • Hinzu kommen strukturelle Mittel für Cybersicherheit beim Innenministerium in Höhe von 5 Millionen Euro pro Jahr ab 2021. • Weitere Mittel (jeweils 5 Millionen Euro für die Jahre 2020 und 2021) fließen in die IT-Sicherheit im Innenministerium und im nachgeordneter Bereich. Das Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS) wird weiterentwickelt. • Um den länderübergreifenden polizeilichen Informationsaustausch zu verbessern, beteiligt sich Baden-Württemberg mit mehr als 8 Millionen Euro am Polizei-IT-Fonds des Bundes und der Länder. Wir werden die Ausstattung je nach Haushaltsvermögen fortsetzen und Schwerpunkte dort setzen, wo Innovationen und technische Weiterentwicklung dies erfordern.
- 2.6. Welche Änderungen plant Ihre Partei im Bereich der Besoldung und Versorgung in der kommenden Legislaturperiode?
 - Wir wollen endlich die zweigeteilten Laufbahn einführen. Die sachgrundlose Befristung im öffentlichen Dienst wollen wir weiter zurückdrängen. Zudem wollen wir Lebensarbeitszeitkonten einführen, damit Beschäftigte ihre Arbeitszeit an ihre individuelle Lebenssituation und ihre aktuellen Bedürfnisse anpassen können.

- 2.7. Wie steht Ihre Partei zur zeit- und inhaltsgleichen Übertragung von Tarifverhandlungen des TV-L, bei der voraussichtlichen Einigung im Jahr 2021?
 - Wir haben das Tarifergebnis für die Jahre 2019 bis 2021 übernommen. Zudem ist die Absenkung der Eingangsbesoldung vollständig weggefallen. Auf diese Weise haben wir die Attraktivität des öffentlichen Dienstes gestärkt. Das ist auch weiterhin unser Ziel.
- 2.8. Wie steht Ihre Partei zum Thema Bürgerversicherung mit Blick auf das bestehende Beihilfe- und Heilfürsorgesystem?
 - Wir Grüne befürworten das Prinzip der Bürgerversicherung – für Gesundheit, Pflege und Rente. Das Sozialversicherungsrecht liegt aber letztlich in der Zuständigkeit des Bundes. Im Land wollen wir Beamt*innen mit dem „Hamburger Modell“ mehr Wahlfreiheit bei der Auswahl ihrer Krankenversicherung ermöglichen. Die Einführung der Pauschalen Beihilfe als Alternative zur individuellen Beihilfe stellt das Beihilfesystem grundsätzlich nicht in Frage. Beide Formen der Beihilfe bleiben gleichberechtigt nebeneinander bestehen.
- 2.9. Wie steht Ihre Partei zur dauerhaften Rücknahme von Stellenwiederbesetzungssperren?
 - Wir befürworten Stellenwiederbesetzungssperren nicht. Sie wären maximal in einer sehr angespannten Haushaltssituation denkbar. Die Maßnahmen müssten dann aber den gesamten öffentlichen Dienst umfassen.
- 2.10. Wie steht Ihre Partei zum Thema der Wiedereinführung einer Kleidergeldzulage für die Kriminalpolizei – und wie stehen Sie zu einer Ausstattung mit Einsatzkleidung für die Kriminalpolizei für die Bewältigung von offenen Einsatzlagen?
 - Beides befürworten wir.

3. Öffentliches Dienstrecht

- 3.1. Wie steht Ihre Partei zum Thema Lebensarbeitszeitkonto/Langzeitarbeitskonto?
 - Wir werden alles dafür tun, Lebensarbeitszeitkonten sobald wie möglich einzuführen. Sie tragen den individuellen Bedürfnissen aller Beschäftigten Rechnung und sind daher auch im grünen Landtagswahlprogramm 2021 fest verankert.
- 3.2. Wie steht Ihre Partei zur aktuellen Wochenarbeitszeit der Landesbeamtinnen und -beamten sowie der Tarifbeschäftigten – sind hier Änderungen geplant?
 - Die 41-Stunde-Woche ist ein Vermächtnis der CDU/FDP-Regierung bis 2011. Es würde jährlich rund 314 Millionen Euro kosten, die Arbeitszeit auf 39,5 Stunden zu verkürzen und dies durch zusätzliches Personal auszugleichen. Da der Haushalt unter anderem durch die Corona-Pandemie belastet ist, wird dies nicht finanzierbar sein. Im Vordergrund steht daher, die Probleme bei der Personalgewinnung zu lösen und strukturelle Stärkungsmaßnahmen voranzubringen. Wir wollen Instrumente wie das Lebensarbeitszeitkonto auch dazu nutzen, die Wochenarbeitszeit flexibel zu gestalten.
- 3.3. Wie steht Ihre Partei zur allgemeinen Verlängerung der Lebensarbeitszeit im Vollzugsdienst?
 - Eine allgemeine Verlängerung lehnen wir ab.
- 3.4. Gibt es in Ihrer Partei Überlegungen hinsichtlich einer Modernisierung des öffentlichen Dienstrechtes, wie es jüngst im Bund vorgenommen wurde?
 - Die sachgrundlose Befristung im öffentlichen Dienst wollen wir weiter zurückdrängen. Wir wollen Lebensarbeitszeitkonten einführen, damit Beschäftigte ihre Arbeitszeit an ihre individuelle Lebenssituation und ihre aktuellen Bedürfnisse anpassen können.
- 3.5. Wie steht Ihre Partei zur Angleichung der Pensionsansprüche an die sog. „Mütterrente“, wie sie im Bund und in einigen Bundesländern bereits erfolgt ist?
 - Die Mütterrente ist ein wichtiges Instrument, um soziale Härten bei Menschen abzufangen, die aufgrund von langen Kindererziehungszeiten nur eine geringe Altersversorgung zu erwarten haben. Uns ist bewusst: Auch bei Beamt*innen kann es Fälle geben, dass aufgrund von Kindererziehungszeiten verminderte Versorgungsansprüche bestehen. Dennoch gilt das Alimentationsprinzip: Der Staat kommt für eine angemessene Versorgung auch mittels der Mindestversorgung auf. Das ist uns sehr wichtig. Auch wenn betroffene Eltern eine Verbesserung ihrer Rentenansprüche sehr verdient hätten – eine Ausweitung der Mütterrente würde zu Lasten der Rentenkasse gehen. Das heißt: Künftige Generationen müssten dies finanzieren und die Spielräume für Menschen, die im Alter bedürftig sind, würden über Jahre hinaus geschmälert.
- 3.6. Wie steht Ihre Partei zur Ruhegehalttsfähigkeit der Polizeizulage, wie sie beispielsweise in Bayern oder Nordrhein-Westfalen wieder eingeführt wurde?
 - Wir sind dafür offen.

- 3.7. Halten Sie die Vergütung im Bereich Rufbereitschaft und Überstunden/Mehrarbeit sowie die Zulagen für Lageorientierten Dienst in der Polizei derzeit für angemessen?
 - Wir halten die Vergütung für angemessen.
- 3.8. Gedenken Sie die Versorgungslücke, die für geschiedenen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte aufgrund der besonderen Altersgrenze (60.-62. Lebensjahr) seit 2009 besteht, zu schließen?
 - Dazu gibt es bereits Überlegungen.
- 3.9. Bei der jüngsten Änderung des Landesbesoldungsgesetzes wurde eine Zulage für kommissarisch tätige Revierleiter/innen beschlossen, das hat zu einer großen Gerechtigkeitsdiskussion in der Kripo geführt. Wie steht Ihre Partei zu einer zeitnahen Korrektur?
 - Warum Korrektur? Die Zulage für besondere Tätigkeiten halten wir für angemessen. Wenn es die finanzielle Lage ermöglicht, kann dieses Instrument durchaus auf weitere Bereiche polizeilicher Tätigkeit angewandt werden.
- 3.10. Wie steht Ihre Partei zu einer Altersteilzeitregelung im öffentlichen Dienst für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nicht schwerbehindert sind.
 - Das gehört zu unseren Überlegungen. Eine Altersteilzeitregelung wird aber wegen der sehr angespannten Haushaltslage keine prioritäre Maßnahme sein können.

4. Kriminalpolizei

- 4.1. Was sind aus Ihrer Sicht die drei größten Herausforderungen im Bereich der Arbeit der Kriminalpolizei in Baden-Württemberg?
 - Zu den größten Herausforderungen gehören für uns: • die Stärkung des Kinderschutzes • die Bekämpfung der stark anwachsenden Cyberkriminalität, indem wir insbesondere die polizeilichen Zuständigkeiten und Möglichkeiten stärken (Maßnahmen LKA; Cyberwehr) • die Verfolgung moderner Formen von Wirtschaftskriminalität
- 4.2. Wie bewerten Sie die eingerichteten Sonderlaufbahnen Wirtschaftskriminalist und Cyberkriminalist? Planen Sie hier Anpassungen oder Weiterentwicklungen?
 - Beide Sonderlaufbahnen sind aufgrund der besonderen Herausforderungen in diesen Kriminalitätsbereichen notwendig. Für Aussagen zu Anpassungen oder ähnliches ist es zu früh.
- 4.3. Welche Anforderungen stellt Ihre Partei an eine qualifizierte Aus- und Fortbildung von zukünftigen Kriminalistinnen und Kriminalisten und wie wollen Sie diese gewährleisten?
 - Das Ausbildungsniveau ist gut. Gleichzeitig muss die Ausbildung technisch und strukturell ständig an neue Herausforderungen angepasst werden.
- 4.4. Wie beabsichtigen Sie, Perspektiven für Tarifbeschäftigte in der (Kriminal-)Polizei zu schaffen?
 - Dazu wollen wir Anpassungen im Laufbahnrecht vornehmen und dafür sorgen, dass die tarifliche Eingruppierung durchlässiger wird.
- 4.5. Wie bewertet Ihre Partei die Einstellung von Ermittlungsassistentinnen und -assistenten?
 - Vermehrt Stellen für Ermittlungsassistent*innen in allen Polizeibereichen zu schaffen, stehen wir aufgeschlossen gegenüber.
- 4.6. Wie steht Ihre Partei zur Entwicklung eines eigenen Berufsbildes der Kriminalfachangestellten/des Kriminalfachangestellten?
 - Wir stehen dem positiv gegenüber und werden uns damit beschäftigen, welche Möglichkeiten es gibt, dieses Berufsbild zu implementieren.

- 4.7. Wie bewertet Ihre Partei die Umsetzung der Dienstpostenbewertung in der Kriminalpolizei und gibt es aus Ihrer Sicht Anpassungsbedarf?
 - Wir werden das im Laufe der nächsten Legislaturperiode prüfen.
- 4.8. Wie steht Ihre Partei zu einer Freifahrtregelung für die Kriminalpolizei in öffentlichen Verkehrsmitteln, wie sie für die Schutzpolizei bereits eingeführt ist?
 - Wir befürworten die Freifahrtregelung.
- 4.9. Welche Maßnahmen sehen Sie in Ihrer Partei, um die Attraktivität des Kriminaldienstes im Vergleich zur Schutzpolizei zu erhöhen? Halten Sie das überhaupt für erforderlich?
 - Die Maßnahmen ergeben sich in der Summe aus den Vorschlägen und Vorhaben, die wir bei den einzelnen Fragen bereits erläutert haben.
- 4.10. Welche Lehren können wir aus Sicht Ihrer Partei für die Arbeitswelt der (Kriminal-)Polizei aus der Corona-Lage 2020 (und darüber hinaus) bereits ziehen? Welche personellen, technischen und organisatorischen Maßnahmen halten Sie für erforderlich?
 - Wir müssen im Bereich der Polizei die Maßnahmen der Pandemie- und Katastrophen-Vorsorge und Fürsorge verstärken. Wir brauchen z.B. immer Zugriff auf Schutzausrüstungen. Die Digitalisierung ist eine Schlüsselaufgabe, um kontaktlose Tätigkeiten rechtssicher auszubauen. Wir werden uns auch das Thema „Homeoffice“ anschauen –insbesondere in Bereichen, die nicht ermittlungs- und „Tatort“-spezifisch sind. Wo möglich, werden wir das Homeoffice ausbauen. Zur Mindestausstattung zählen für uns ein schnelles Internet in jedem Polizeirevier und die Ausstattung mit mobilen Endgeräten – auch im Bereich des Kriminaldauerdienstes.